

WIRTSCHAFT

„Hey Boss, ich brauch' mehr Geld“

Alles wird teurer, die Lebensmittel, die Wohnung und der Treibstoff. Nun fordern alle höhere Löhne. Über das Wie scheiden sich die Geister.

Gunter Gabriel besang die beschissene Lage bereits vor 50 Jahren. In seinem Song „Hey Boss, ich brauch' mehr Geld“ erzählt er von einem Arbeiter, der seit 15 Jahren ohne Unterlass schuftet – und trotzdem kaum über die Runden kommt. Er wolle keine Schlösser bauen, sondern so viel Lohn erhalten, „nur eben, dass es reicht“. Deswegen fordert er seinen Boss auf, ihm einen höheren Lohn auszuzahlen.

Der Liedtext ist aktueller denn je. Es gibt viele Menschen in Südtirol, die arbeiten und bei denen es trotzdem kaum reicht. „16 Prozent der Familien, in denen nur eine Person arbeitet“, sagt Cristina Masera, „befinden sich unterhalb der Armutsgrenze.“ Das dürfe einfach nicht sein. Paradox findet die Gewerkschafterin, dass die Unternehmen zugleich keine Arbeitskräfte

finden. Hier laufe eindeutig etwas falsch. Die Caritas und ihre Schuldnerberatung machen bereits seit geraumer Zeit auf das Problem von zu niedrigen Löhnen aufmerksam: Die Zahl der Menschen, die arbeiten und doch kaum über die Runden kommen, werde größer. Sie wenden sich vermehrt an die kirchliche Organisation.

Caritas-Direktorin Beatrix Mairhofer erklärte bereits im Dezember (*ff* 50/2022) gegenüber diesem Magazin: Die Löhne können mit den Lebenshaltungskosten nicht mehr Schritt halten. Im Tagblatt *Dolomiten* lancierte sie jüngst folgenden Vorschlag: „Löhne müssen angehoben, Steuern gesenkt, Renten der Inflation angepasst werden.“

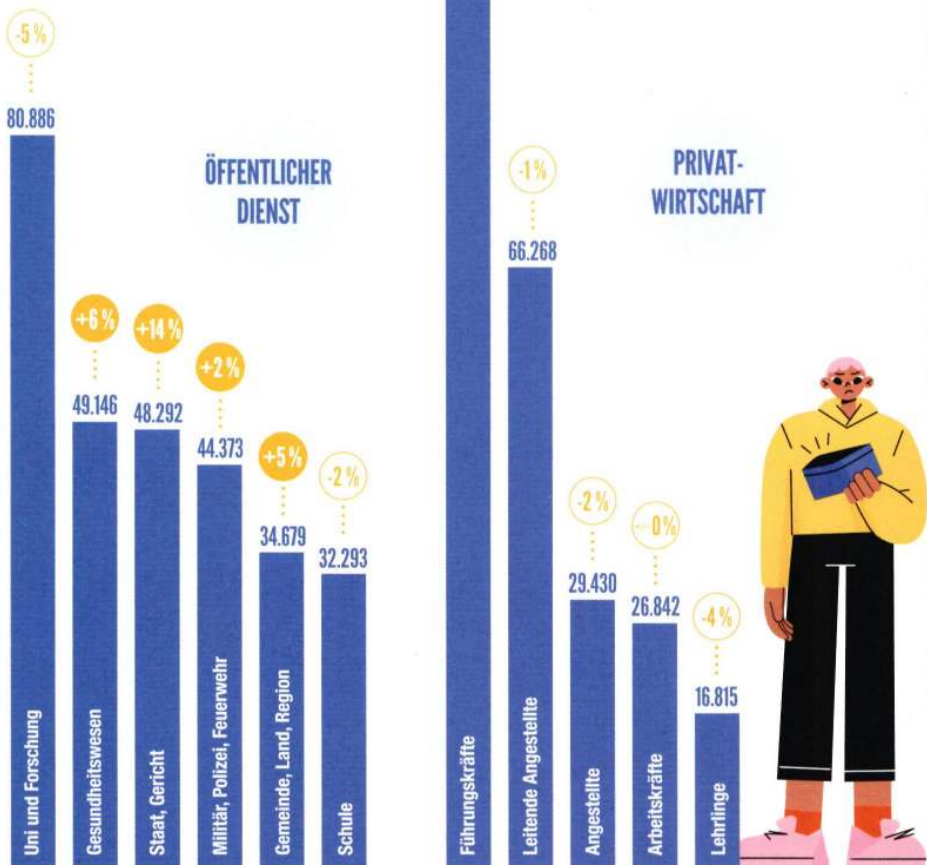
Einer der Hauptgründe für die prekäre Lage ist die Inflation. Lag sie in den Jahren vor Corona unter zwei Prozent, hat sich das seit 2021 geändert. Die Pandemie und die einhergehende Wirtschaftskrise, die

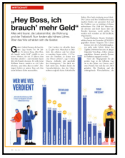
WER WIE VIEL VERDIENT

Jahresbruttoentlohnung 2020 in Euro im Vergleich mit 2015 – inflationsbereinigt



Quelle: Landesstatistikinstitut Auen





Verknappung der Rohstoffe und die Geldschwemme haben die Teuerung in jenem Jahr auf 3,8 Prozent anschwellen lassen.

Der Krieg in der Ukraine hat die Inflation weiter befeuert. Vor allem die Preisexplosion auf dem Energiesektor ließ die Teuerung 2022 auf 11,8 Prozent nach oben schnellen. Das sind die offiziellen Zahlen des Landesstatistikinstituts Astat für Südtirol. Gefühlt sind gewisse Dinge wie Lebensmittel oder die Pizza im Restaurant weit teurer geworden, als offiziell errechnet.

Die Teuerungen führen dazu, dass die Menschen mehr Geld brauchen. Was vor einem Jahr noch 100 Euro gekostet hat, kostet jetzt 112 Euro. Das muss so manche Familie erst einmal stemmen. Vor allen Dingen deswegen, weil die Löhne seit Jahren nicht vom Fleck kommen. Nun fordern praktisch alle Seiten höhere Gehälter: Gewerkschaften, Sozialverbände, sogar die Unternehmerseite. Doch über das Wie scheiden sich die Geister.

Bleiben wir aber einen Augenblick bei den Zahlen. Die durchschnittliche Jahresbruttoentlohnung beträgt in Südtirols Privatwirtschaft rund 30.000 Euro pro Kopf (nach Angaben des Astat für 2020). Zieht man davon die Einkommenssteuer Irpef ab und teilt den Rest auf

14 Gehälter auf, bleiben etwa 1.600 Euro netto übrig. Nicht gerade üppig.

Dazu kommt, dass die Löhne in Südtirol nach Berechnungen des Astat auf der Stelle treten. Seit 2015 sind sie real, also inflationsbereinigt, um 0,2 Prozent gestiegen. Das ist de facto eine Stagnation. Etwas besser sieht es im öffentlichen Dienst aus, in dem die Löhne real um rund drei Prozent nach oben geklettert sind. Wohlgemerkt: von 2015 bis 2020.

Dieses Plus ist von der Inflation inzwischen vollständig aufgefressen worden. Während die Löhne seit Ausbruch der Pandemie kaum mehr gestiegen sind, gingen die Preise für Waren und Dienstleistungen durch die Decke: Ein Plus von über 15 Prozent in zwei Jahren belastet jeden, egal ob Arbeiter, Selbstständige, Führungskräfte oder Unternehmerinnen.

„Bei einer dermaßen hohen Inflation“, sagt AGB-CGIL-Generalsekretärin Cristina Masera, „wird es schwierig sein, dass die Löhne auf Anhieb um so viel steigen.“ Ihrer Ansicht nach braucht es zweierlei: auf der einen Seite eine Erhöhung der Löhne. Und auf der anderen Seite eine geringere Besteuerung

derselben. So könnte die Teuerung innerhalb relativ kurzer Zeit annähernd ausgeglichen werden.

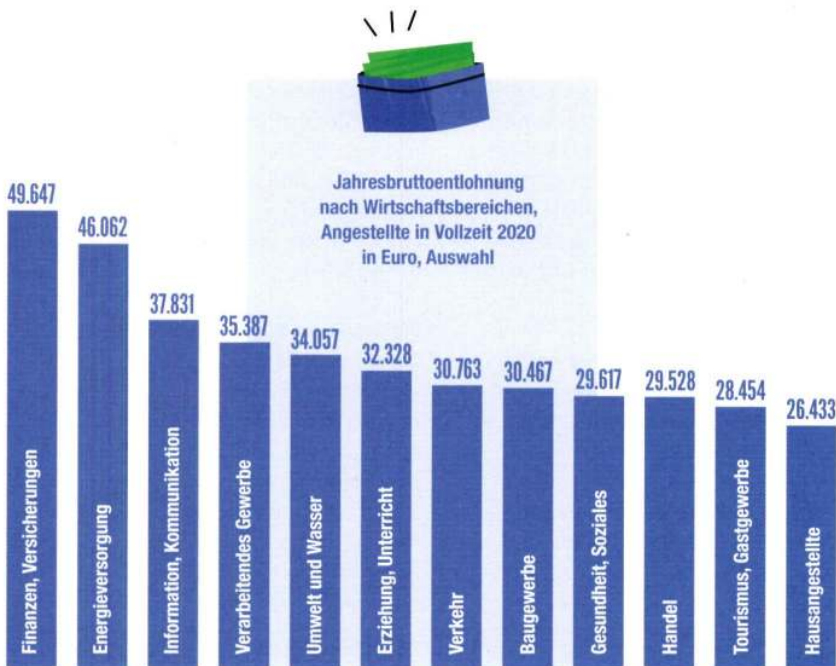
In dieselbe Kerbe schlägt der ASGB-Vorsitzende Tony Tschenett: Die Lebenshaltungskosten in Südtirol seien ungleich höher als im restlichen Italien, die Löhne müssten diesen endlich angepasst werden. Denn: „Südtirol ist ein Niedriglohnland.“ Das könne so nicht weitergehen, wolle man die Fachkräfte im Land halten. Um attraktiv zu bleiben, müssten die Löhne nach oben korrigiert werden.

Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstituts Afi, bestätigt die Lücke zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen in Südtirol: Während die Lebenshaltungskosten hierzulande um 25 Prozent höher seien als im restlichen Italien, seien die Löhne nur um neun Prozent höher als im restlichen Italien. Diese Lücke gehöre dringend geschlossen.

Heiner Oberrauch, Präsident des Unternehmerverbands, räumt ein, dass die Löhne „achtsam“ angepasst werden müssten, wenn die Inflation stark steige. Viele Unternehmen hätten ihren Leuten kurzfristig bereits mit sogenannten

„16 Prozent der Familien, in denen nur eine Person arbeitet, sind arm.“

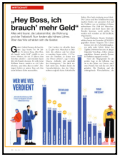
Gewerkschafterin
Cristina Masera



Steigerung der Lebenshaltungskosten in Südtirol von Dezember 2021 bis Dezember 2022:

+11,8%





WIRTSCHAFT

„Es braucht Augenmaß“

Wifo-Direktor Georg Lun warnt vor überzogenen Lohnforderungen: „Die Unternehmen können nur das zahlen, was sie erwirtschaften.“



Foto: Wifo

Georg Lun, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) der Handelskammer: „Langfristig muss Südtirol die Attraktivität der Jobs steigern.“

ff: Im Vorjahr gab es in Südtirol eine Teuerung von 11,8 Prozent. Muss man jetzt nicht die Löhne entsprechend anpassen?

Georg Lun: Die Unternehmen können nur das zahlen, was sie erwirtschaften. Das ist die Schwierigkeit. Es hängt also stark mit der Produktivität eines Unternehmens zusammen, ob es sich leisten kann die Löhne zu erhöhen. Nur von der Inflation kann man keine generelle Lohnerhöhung ableiten.

Die Angestellten werden nicht erfreut sein, das zu hören ...

Für sie ist es eine schwierige Situation. Ihre Arbeitszeit ist immer gleich lang, ob sie in einem Unternehmen mit hoher oder niedriger Produktivität arbeiten. Die Produktivität hängt sehr stark vom jeweiligen Sektor ab und ist nicht überall gleich. Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre: wie man es schafft, hier trotz allem ein Gleichgewicht zu finden – für

die Unternehmen, aber auch für die Angestellten.

Welche Sektoren sind produktiver?

Das geht aus den Statistiken hervor. Die Produktivität ist etwa in einigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes, im Energiebereich oder im Finanzsektor sehr viel höher als in anderen Bereichen. Deswegen sind hier die Löhne heute schon deutlich höher als anderswo.

Wie kann allen geholfen werden?

Das ist ganz schwierig. Man muss auf alle Fälle schauen, dass die Unternehmen aus den schlechter dastehenden Sektoren durch Lohnerhöhungen nicht ganz aus dem Markt getrieben werden. Sollte es massive Lohnerhöhungen geben, könnte das massive Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur haben. Und das wäre sicher nicht positiv für Südtirol insgesamt.

Sie sagen, wenn zu stark an der Lohnschraube gedreht wird, riskieren die Unternehmen etwa im Handel oder im Reinigungssektor das Aus?

Lohnverhandlungen sind Aufgabe der Sozialpartner. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände handeln die Löhne aus, da können durchaus für alle Seiten gangbare Lösungen gefunden werden. Es gibt in Südtirol bereits einige Beispiele für territoriale Zusatzverträge. Ich gehe davon aus, dass das in Zukunft stärker genutzt wird.

Besteht tatsächlich die Gefahr einer zusätzlichen Teuerung, wenn die Löhne zu stark erhöht werden?

Das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale ist sicherlich gegeben. Aber zurzeit kommen die Impulse für die Inflation nicht von dieser Seite. Befeuert wird sie hauptsächlich durch die enormen Steigerungen bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Das sind die Faktoren, die die

Inflation treiben. So wie es aussieht, entwickeln sich diese Preistreiber derzeit eher zurück.

Sie würden also eine schrittweise Anpassung der Löhne vorschlagen?

Es braucht in jeder Hinsicht ein gewisses Augenmaß. Schrittweise und längerfristig angelegte Entwicklungen wären für die Südtiroler Wirtschaft wichtig. Wir müssen auch schauen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Lohnsteigerungen müssen mit Produktivitätssteigerungen bei den Unternehmen einhergehen. Das kann nicht von einem Tag auf den anderen passieren, sondern das müssen Unternehmen Schritt für Schritt, Jahr für Jahr umsetzen. Was die Wettbewerber der Südtiroler Unternehmen in den vergangenen Jahren an Produktivitätssteigerungen erreicht haben, kann man nicht in einem Jahr aufholen.

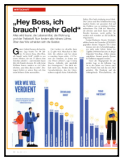
Hat ASGB-Gewerkschafter Tony Tschenett recht, wenn er sagt: „Südtirol ist ein Niedriglohnland“?

Da kommt es darauf an, mit wem man sich vergleicht. Im Vergleich zum restlichen Italien sind wir im obersten Bereich. Im Vergleich mit Österreich sind wir deutlich darunter, im Vergleich mit Deutschland noch einmal weiter darunter. Vor allem was die qualifizierten Fachkräfte betrifft.

Was müsste Südtirol tun?

Langfristig die Attraktivität der Jobs steigern. Aber natürlich ist Südtirol in einer Wettbewerbssituation und muss schauen, dass ein Gleichgewicht besteht. Tendenziell sind hier die Löhne im Vergleich zum deutschsprachigen Raum eher niedrig. Junge Leute orientieren sich dementsprechend in diese Richtung. ■

Interview: Karl Hinterwaldner

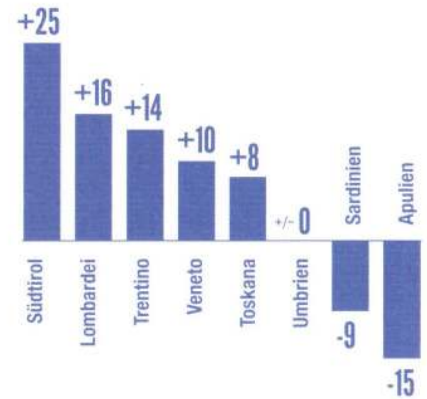


Durchschnittliche Tagesbruttoentlohnung eines Vollzeitbeschäftigten

Prozentpunkte, die Südtirol damit über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt liegt

	Italien	Südtirol	
2014	106 €	113 €	+7
2015	108 €	115 €	+7
2016	108 €	116 €	+8
2017	108 €	117 €	+9
2018	110 €	119 €	+8
2019	111 €	120 €	+9

Im Vergleich dazu die Lebenshaltungskosten 2020 verglichen mit dem gesamtstaatlichen Durchschnitt (Auswahl von Regionen/Ländern)



Welfare-Leistungen unter die Arme gegriffen.

Bei diesen Welfare-Leistungen handelt es sich meist um Gutscheine, etwa fürs Tanken oder für die täglichen Einkäufe. Bis zu 3.000 Euro pro Jahr können so an einen Mitarbeitenden ausbezahlt werden. Vorteil für die Betriebe: Für die Gutscheine fallen kaum Steuern und Nebenkosten an, was sie brutto zahlen, kommt praktisch netto bei ihren Leuten an.

Längerfristig müssten die Löhne aber erhöht werden, Oberrauch spricht von einem „schrittweisen“ Vorgehen. Um zehn Prozent mehr Lohn auf einen Schlag wäre nicht verträglich. Weder für die Betriebe, die das nicht stemmen könnten, noch für die Lebenshaltungskosten, weil die Inflation dadurch befeuert würde.

Oberrauch: „Wichtig ist, dass die Mitarbeitenden mehr Netto vom Brutto erhalten. Durch die Inflation nimmt der Staat jetzt zehn Prozent mehr an Steuern ein. Da hätte er die Möglichkeit einer Umverteilung. Diese Mehreinnahmen könnte er auf der Lohnseite zurückgeben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Staat für eine Stunde Arbeit mehr Geld bekommt als derjenige, der die Arbeit leistet.“

Zugleich, sagt er, hätten die Unternehmen selbst ein Interesse an höheren Löhnen – allein schon, um ihre Leute zu halten. Bei dem derzeit herrschenden Arbeitskräftemangel sei das fundamental.

Und die Löhne spielten dafür eine zentrale Rolle.

Nur mit Welfare-Leistungen in diesem Jahr wollen sich die Gewerkschaften aber nicht abspesen lassen. „Es braucht Lohnerhöhungen“, sagt Cristina Masera, „denn das bedeutet auch eine Besserstellung bei der Rente.“ Die Gutscheine, sagt Tony Tschenett, würden „nicht für die Rente einzahlen“. Dabei seien Niedrigrenten bereits heute ein Problem. Und in Zukunft werde es durch die rein beitragsbezogenen Renten noch größer. Daher müsse man längerfristiger denken. Welfare-Leistungen würden diesen Anspruch nicht erfüllen.

Wenig verdienen seit jeher die Reinigungskräfte. Derzeit sind es 1.300 Euro brutto im Monat, beim Bozner Großbetrieb Markas immerhin 14-mal pro Jahr. Generaldirektorin Evelyn Kirchmaier sagt, glücklicherweise sei der Kollektivvertrag 2021 erneuert worden – samt einer Lohnerhöhung von insgesamt 8,1 Prozent, verteilt auf drei Jahre: 2021, 2022, 2023.

Sie habe gehofft, dass der Bereich Hygiene nach der Pandemie einen höheren Stellenwert bekommt. Das sei nicht eingetreten. „Bei der Reinigung“, sagt Kirchmaier, „wird nach wie vor gespart.“ Das treffe auch für die öffentliche Hand zu. Sie ist die Hauptkundin von Markas, mit ihr hat das Unternehmen 85 Prozent seiner Verträge geschlossen.

Verträge mit der öffentlichen Hand kommen stets über Ausschreibungen zustande. Sie drücken tendenziell die Preise – und am Ende auch die Löhne. Zudem sah das Ausschreibungsgesetz für die Jahre 2017 bis 2021 keine Inflationsanpassungen vor. Während also die Kosten 2021 und 2022 explodierten, zahlte die öffentliche Hand für Dienstleistungen bis 2022 immer denselben Preis.

Das hat sich mittlerweile zwar wieder geändert, doch die meisten Verträge von Markas mit der öffentlichen Hand stammen aus den Jahren 2017 bis 2021. Großer Spielraum für Lohnerhöhungen sei damit nicht gegeben, sagt Generaldirektorin Kirchmaier. Denn die Margen im Reinigungssektor seien gering, die Kalkulationen knapp.

Ein Beispiel: Würde Markas seinen rund 10.000 Mitarbeitenden um 50 Euro brutto mehr Lohn zahlen, wäre bei ihnen um etwa 35 Euro netto mehr auf dem Konto. Für das Unternehmen würde diese kleine Lohnerhöhung mit Kosten von mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr zu Buche schlagen. Damit wäre praktisch der gesamte Gewinn eines Geschäftsjahres weg; Markas erzielte 2021 einen Gewinn nach Steuern in Höhe von 7,7 Millionen Euro.

Das macht deutlich, dass auch die öffentliche Hand nicht ganz unschuldig an niedrigen Löhnen ist. Zumindest in gewissen Bereichen. ■

Karl Hinterwaldner